

1017/UEA XXIV. GP

Eingebracht am 26.04.2013

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Sabine Oberhauser, Dr. Erwin Rasinger und
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Sicherstellung und Ausbau der Arzneimittelversorgung im ländlichen Raum

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Gesundheitsausschusses 2256 der Beilagen über die Regierungsvorlage eines 1. Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz - Bundesministerium für Gesundheit (2166 der Beilagen)

Um in Zukunft zu gewährleisten, dass in ländlichen Bereichen ein Zugang zur ärztlichen Versorgung und zur Arzneimittelversorgung für jedermann möglichst einfach gesichert ist, sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund sich verändernder Strukturen flexiblere Modelle und neue innovative Kooperationsformen zwischen Apotheken und niedergelassenen Ärzten für Allgemeinmedizin notwendig.

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Gesundheit wird ersucht, mit den Interessensvertretungen der betroffenen Berufsgruppen und dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in Gespräche einzutreten, um neue Modelle zur Sicherstellung und zum Ausbau der ärztlichen Versorgung sowie der Arzneimittelversorgung im ländlichen Raum zu erarbeiten, mit dem Ziel eine qualitativ hochwertige und kontinuierliche Versorgung für die Zukunft nachhaltig sicherzustellen, sowie entsprechende Regierungsvorlagen bis spätestens Ende 2015 dem Nationalrat zur Beschlussfassung zuzuleiten.“